



# BUNDESGERICHTSHOF

## BESCHLUSS

1 StR 216/24

vom  
31. Oktober 2024  
in der Strafsache  
gegen

wegen Mordes

hier: Antrag des Adhäsionsklägerversetzers auf Festsetzung des Gegenstands-  
werts seiner anwaltlichen Tätigkeit im Revisionsverfahren

Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat am 31. Oktober 2024 durch die Richterin am Bundesgerichtshof Munk als Einzelrichterin beschlossen:

Der Gegenstandswert für die anwaltliche Tätigkeit des Vertreters der Adhäsionskläger D. , C. und A. im Adhäsionsverfahren in der Revisionsinstanz wird auf 95.000 Euro festgesetzt.

Diese Entscheidung ergeht gerichtsbührenfrei; außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

#### Gründe:

- 1 Das Landgericht hat im Adhäsionsverfahren den Angeklagten verurteilt, an die drei Adhäsionskläger jeweils ein Hinterbliebenengeld in Höhe von 15.000 Euro und zur gesamten Hand aller Adhäsionskläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 50.000 Euro jeweils nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 11. Dezember 2023 zu zahlen, nachdem der Angeklagte zuvor einen Schmerzensgeldanspruch in Höhe von 25.000 Euro anerkannt hatte. Es hat des Weiteren festgestellt, dass die ausgeurteilten Ansprüche auf einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung beruhen.
- 2 Der Vertreter der Adhäsionskläger hat mit Schriftsatz vom 23. Oktober 2024 beantragt, den Gegenstandswert des Adhäsionsverfahrens in der Revisionsinstanz festzusetzen (§ 33 Abs. 1 RVG).

3           1. Für die beantragte Wertfestsetzung ist nach § 1 Abs. 3 i.V.m. § 33 Abs. 8 Halbsatz 1 RVG der Berichterstatter als Einzelrichter zuständig (vgl. BGH, Beschlüsse vom 8. Mai 2024 – 2 StR 55/23 Rn. 4 und vom 7. November 2022 – 6 StR 124/22 Rn. 3).

4           2. Der Gegenstandswert von Adhäsionsanträgen bestimmt sich nach dem wirtschaftlichen Interesse des Antragstellers. Im Rechtsmittelverfahren ist gemäß § 23 Abs. 1 Satz 1 RVG i.V.m. § 47 Abs. 1 Satz 1 GKG der Antrag des Rechtsmittelführers maßgeblich, wobei gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 GKG der Wert durch denjenigen des Streitgegenstands im ersten Rechtszug beschränkt ist (vgl. BGH, Beschlüsse vom 16. Oktober 2023 – 6 StR 198/22 Rn. 3 und vom 7. November 2022 – 6 StR 124/22 Rn. 4). Bei Festsetzungsanträgen des Vertreters des Adhäsionsklägers im Revisionsverfahren wegen einer Angeklagtenrevision ist – wenn der Angeklagte die Adhäsionsentscheidung nicht ganz oder teilweise von seinem Revisionsangriff ausnimmt – regelmäßig der Betrag der erstinstanzlichen Verurteilung des Angeklagten maßgeblich (vgl. BGH, Beschlüsse vom 8. Mai 2024 – 2 StR 55/23 Rn. 5; vom 17. März 2021 – 2 StR 351/20 Rn. 1; vom 8. September 2020 – 6 StR 95/20 Rn. 1 und vom 6. Juni 2018 – 2 StR 337/14 Rn. 6). Denn die im Auftrag des Adhäsionsklägers erfolgte anwaltliche Tätigkeit umfasst dann die Verteidigung des vom Tatgericht erstinstanzlich zuerkannten Betrags. Deshalb bleibt auch ein vom Angeklagten im landgerichtlichen Adhäsionsverfahren erklärtes Teilanerkennnis außer Betracht (vgl. BGH, Beschluss vom 17. März 2021 aaO).

5           3. Danach beläuft sich der Gesamtgegenstandswert hier auf 95.000 Euro.

6           a) Der Angeklagte hat gegen das landgerichtliche Urteil umfassend Revision eingelegt und beantragt, das angefochtene Urteil insgesamt aufzuheben und

zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückzuverweisen. Im Rahmen der Sachrüge hat der Angeklagte erklärt, dass die Adhäsionsentscheidung insgesamt rechtlicher Nachprüfung nicht standhalte. Soweit er im Folgenden nähere Ausführungen lediglich zum ausgerichteten Schmerzensgeld in Höhe von 50.000 Euro gemacht hat, wollte er diese ausdrücklich nicht als abschließend („insbesondere“) verstanden wissen. Eine Ausnahme des erstinstanzlichen Teilanerkennnisses in Höhe von 25.000 Euro aus dem umfassenden Rechtsmittelangriff ist gleichfalls nicht erkennbar. Die im Auftrag der Adhäsionskläger erfolgte anwaltliche Tätigkeit umfasste die Verteidigung des vom Tatgericht erstinstanzlich zuerkannten Gesamtbetrags.

- 7            b) Der Feststellungsausspruch, wonach die Ansprüche der Adhäsionskläger aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung des Angeklagten herrühren, erhöht den Gegenstandswert nicht, weil insoweit wirtschaftliche Identität mit den auf Vorsatztaten beruhenden Schmerzensgeldausdrücken besteht (vgl. BGH, Beschlüsse vom 7. November 2022 – 6 StR 124/22 Rn. 5 und

vom 8. September 2020 – 6 StR 95/20 Rn. 2). Die zugesprochenen Zinsen bleiben als Nebenforderung außer Ansatz (vgl. BGH, Beschluss vom 8. September 2020 aaO).

Munk

Vorinstanz:

Landgericht Freiburg im Breisgau, 24.01.2024 - 14/23 1 Ks 810 Js 20135/23